

Große Anfrage

der Abgeordneten Müntefering, Ewen, Amling, Büchner (Speyer), Buckpesch, Egert, Fischer (Osthofen), Frau Dr. Hartenstein, Heistermann, Heyenn, Immer (Altenkirchen), Jansen, Kißlinger, Klein (Dieburg), Dr. Klejdzinski, Kolbow, Dr. Kübler, Kühbacher, Lambinus, Lohmann (Witten), Frau Dr. Martiny-Glotz, Müller (Schweinfurt), Dr. Müller-Emmert, Dr. Penner, Dr. Nöbel, Purps, Frau Dr. Skarpelis-Sperk, Frau Steinhauer, Stiegler, Tietjen, Weinhofer, Wimmer (Neuötting), Wolfram (Recklinghausen), Dr. Vogel und der Fraktion der SPD

Fremdenverkehr

Der Fremdenverkehr ist ein bedeutsamer Wirtschaftszweig, der der Freizeit- und Urlaubsgestaltung vieler Menschen dient.

Die mehrwöchige Urlaubsreise und die Kurzreise, die Erholung in der Natur und der Städtetourismus, aktiver Gesundheitsurlaub, sportliche Freizeitgestaltung und Mußezeiten sind fester Bestandteil im Leben vieler Bürgerinnen und Bürger unseres Landes.

Rund die Hälfte der erwachsenen Bundesbürger machen mindestens einmal im Jahr eine Urlaubsreise, dabei ist der Anteil des Auslandsurlaubs ständig gestiegen. Andererseits verreist knapp die Hälfte der Bundesbürger im Urlaub nicht, davon ein erheblicher Teil, weil dafür das nötige Geld fehlt. Besonders größere Familien, Alleinerziehende, Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger sind betroffen.

Die Regionen, die Gemeinden und die Einrichtungen und Betriebe des deutschen Fremdenverkehrs bieten ein interessantes und vielfältiges Angebot für alle Urlaubs- und Freizeitformen und sichern mit den Einnahmen aus Fremdenverkehr und Tourismus ihre Existenz und die Arbeitsplätze von weit mehr als einer Million Menschen. Die deutschen Feriengebiete haben mit dem Anwachsen von freier Zeit, von Mobilität und von Wohlstand immer mehr Urlauber und Gäste gewonnen. Sie haben allerdings in den letzten zwei Jahrzehnten weit weniger hinzugewinnen können als das Ausland. Die Zahl der Inlandsurlauber stieg von 10 auf 11,6 Millionen, die der Auslandsurlauber von 8 auf 20,9 Millionen.

Unsere Feriengebiete sind keineswegs ausgelastet. Im Gegenteil, die Ergebnisse der letzten Jahre waren in einigen Feriengebieten ausgesprochen schlecht. Und das lag nicht nur am Wetter, son-

dern auch am verfügbaren Einkommen der unteren und mittleren Einkommensgruppen.

Nach dem ersten tourismuspolitischen Bericht einer Bundesregierung im Jahre 1975 und dem Bemühen, im Rahmen der bundespolitischen Zuständigkeiten die dort formulierten Ziele der Tourismuspolitik voranzubringen, hat das Thema nach der „Wende“ an Bedeutung verloren. Eine Konzeption der Bundesregierung für diesen wichtigen Politikbereich, der Freizeit und Arbeitsmarkt und regionale Strukturpolitik gleichermaßen betrifft, ist nicht zu erkennen.

Auch die große Bedeutung des Umweltschutzes für die langfristige Sicherung der Urlaubs- und Naherholungsgebiete (Wälder, Gewässer) einerseits, und die negativen Auswirkungen des Tourismus auf unsere Umwelt andererseits, finden bisher keinen ausreichenden Niederschlag in der Gesetzgebung und in der Politik dieser Bundesregierung.

Wir fragen die Bundesregierung:

I. Bedeutung von Freizeit und Fremdenverkehr

1. Welche Bedeutung mißt die Bundesregierung der Freizeit und insbesondere dem Reisen, dem Urlaub und der Naherholung bei, und in welchem Umfang bejaht sie eine Mitverantwortung der Politik und dabei des Bundes für die Rahmenbedingungen des Fremdenverkehrs?
2. Wie beurteilt die Bundesregierung Meldungen, denen zufolge Freizeit und Urlaub im Leben der Bundesbürger immer größere Bedeutung gewinnen – für 74 % sind sie demnach nach Familie/Partnerschaft der zweitwichtigste Lebensbereich, deutlich vor Beruf/Arbeit?
3. Wie haben sich Jahres- und Lebensarbeitszeit seit 1960 in der Bundesrepublik Deutschland entwickelt, von welcher Jahresarbeitszeit und welcher Lebensarbeitszeit geht die Bundesregierung bei ihren Überlegungen für die Jahre 1990, 1995 und 2000 aus, und welche Konsequenzen ergeben sich daraus für die Freizeit- und Fremdenverkehrspolitik?
4. Wie hat sich der Inlandstourismus in den Jahren seit 1980 entwickelt, bezogen auf Umsatz, Übernachtungen, die Unterschiede zwischen den verschiedenen Ferienregionen?
5. Wie beurteilt die Bundesregierung neue Formen des Tourismus, bei denen insbesondere junge Menschen in Abkehr von vorherrschenden Verhaltensweisen besonderen Wert auf Ressourcenschutz, Umweltschonung und Integration der Interessen von Einheimischen und Urlaubern legen?

II. Kaufkraft und Fremdenverkehr

1. Mit welchem Anteil sind große Familien, Alleinerziehende, Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger am Inlands- bzw. am Auslandstourismus beteiligt, und welche Erkenntnisse hat die

Bundesregierung, über die Dauer der Urlaubsreisen dieser genannten Gruppen?

2. Wie viele Bundesbürger machen keine Urlaubsreise und wie viele geben für Reisen, Urlaub und Naherholung vergleichsweise weniger aus als 1980, und worauf ist dies zurückzuführen? Wie wirkt sich die sinkende Kaufkraft aus?
3. Welche Erwartungen knüpft die Bundesregierung an den Wettbewerb „Familienferien“, den sie aufgrund des Beschlusses des Deutschen Bundestages von 1982 im Jahre 1985 endlich ausgeschrieben hat?
4. Wie viele Bundesbürger machten im letzten Jahr zwei, drei oder auch mehr Urlaubsreisen, die kürzer als fünf Tage bzw. die länger als fünf Tage dauerten, und wie viele Reisen gingen davon in das Inland, wie viele in das Ausland?
5. Ist die Bundesregierung bereit, ihre Verteilungspolitik so zu ändern, daß untere und mittlere Einkommen nicht weiter benachteiligt werden und zukünftig wieder über stärker wachsende Einkommen verfügen, daß auch sie die Angebote zur Freizeitgestaltung wahrnehmen und z. B. in Jahresurlaub reisen können?
6. Wie hat sich der „Urlaub auf dem Bauernhof“ in den letzten zehn Jahren entwickelt, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, diese und andere familienfreundliche Urlaubsformen besonders zu unterstützen?
7. Hält die Bundesregierung den Ausbau des Tourismus für ein taugliches Mittel zur wirtschaftlichen Entwicklung peripherer Regionen? Wie beurteilt die Bundesregierung die zukünftige Entwicklung im Hinblick auf die Notwendigkeit, im Rahmen der Neuausrichtung der Agrarpolitik alle Möglichkeiten zur Verbesserung der Einkommen der landwirtschaftlichen Betriebe zu nutzen, und welche Rolle könnte dabei der Urlaub auf dem Bauernhof spielen?

III. Umwelt und Fremdenverkehr

1. Welches ist das Ergebnis der gemeinsamen Prüfung von Bund und Ländern, ob und wie der 1983 angekündigte Erfahrungsaustausch über die belasteten Fremdenverkehrsgebiete zweckmäßig fortgesetzt werden kann?
2. Welche Umweltschäden, Natur- und Landschaftsschäden wurden durch den Fremdenverkehr in welchen Regionen verursacht und sind in Zukunft noch zu befürchten?
3. Welche Freizeit- und Urlaubsaktivitäten sind nach Meinung der Bundesregierung mit besonderen Gefahren für die Tier- und Pflanzenwelt und für die Böden und Gewässer verbunden, und welche Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um den notwendigen Natur- und Umweltschutz in diesen Bereichen sicherzustellen?

4. Gibt es im Gesetzentwurf der Bundesregierung „Bundesfernstraßen-Bedarfsplan“ Straßen, deren Bau in erheblichem Umfang durch touristischen Bedarf oder zur Erschließung von Fremdenverkehrsregionen begründet wird?
5. In welcher Weise werden in dem Entwurf der Bundesregierung für ein Bundesbaugesetz, bei der Novellierung des Bundesnaturschutzgesetzes und in ihrem Beschluß einer Bodenschutzkonzeption die Belastungen der Umwelt durch den Tourismus berücksichtigt und sind Vorschläge enthalten, die weiteren Naturverbrauch durch den Tourismus verhindern?
6. Wie will die Bundesregierung Forschungsergebnisse nutzen, nach denen der überwiegende Teil der Touristen und Urlauber eine Umweltbelastung durch eigenes Verhalten nicht zu erkennen vermag, und was will sie zur wirksamen Aufklärung unternehmen, damit den Menschen bewußt wird, daß sie in ihrer Freizeit erheblich zum Schutz von Natur und Umwelt beitragen können?
7. Wie werden sich nach Meinung der Bundesregierung das Waldsterben, die Gewässerverschmutzung (z. B. Nordsee) und andere Umweltbelastungen (Lärm, Landschaftsverbrauch) auf die Attraktivität von Naherholungs- und Feriengebieten auswirken, und welche besonderen regionalen und strukturellen Hilfen sieht die Bundesregierung für diese Regionen vor, wenn durch die Umweltbelastungen ihre Attraktivität leidet, und die Urlaubsgäste ausbleiben?
8. Ist die Bundesregierung bereit, im Interesse der Erholungslandschaft Wald sofort ein zeitlich begrenztes Tempolimit (100/80 km/h) einzuführen?
9. Wie beurteilt die Bundesregierung, daß gerade Ferien- und Urlaubsgebiete durch Fluglärm empfindlich belastet sind, und welche Möglichkeiten sieht sie, diese Gebiete hiervon zu entlasten?
10. Erkennt die Bundesregierung die zunehmende Attraktivität des Campings für viele Bundesbürger, und was tut sie, um ein ausreichendes, planerisch geordnetes und umweltverträgliches Angebot an Campingplätzen zu ermöglichen?
11. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Entwicklung des Urlaubs mit Wohnmobilen, die nicht oder meistens nicht auf Campingplätzen stehen, und die nicht an eine geordnete Abwasserentsorgung angeschlossen sind, und welche Möglichkeiten sieht sie, für eine sachgerechte Entsorgung der Busse und Wohnmoblie zu sorgen?

IV. Sport und Fremdenverkehr

1. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß der Sport als Teil der Lebenskultur für die Mitbürger aller Altersgruppen auch bei der Urlaubsgestaltung und bei Kuren von besonderer Bedeutung ist, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, dieses Bewußtsein in der Bevölkerung zu fördern?

2. Wie beurteilt die Bundesregierung die Voraussetzungen dafür, daß Urlauber (auch behinderte Mitbürger) innerhalb der Bundesrepublik Deutschland – auch in der Naherholung – in den Ferien- und Urlaubsgebieten ein ausreichendes und interessantes Angebot zur sportlichen Urlaubs- und Freizeitgestaltung vorfinden?
3. Ist die Bundesregierung bereit, das Bundesinstitut für Sportwissenschaft in Köln zu beauftragen, im Zusammenwirken mit den Bundesländern, den kommunalen Spitzenverbänden, den Sport- und Tourismusverbänden sowie den entsprechenden wissenschaftlichen Einrichtungen, eine Untersuchung über die Zusammenhänge zwischen „Sport-Freizeit-Urlaub“ vorzunehmen?

V. Zukunft des deutschen Fremdenverkehrs

1. Welche Gründe sieht die Bundesregierung für die Zunahme des Auslandstourismus und für den Rückgang des Urlaubs im eigenen Land im Jahre 1984, und wie schätzt die Bundesregierung die Entwicklungsaussichten des inländischen Tourismus ein, und welche Erkenntnisse hat sie über die Ergebnisse des Jahres 1985 und über die Erwartungen für 1986?
2. Wie beurteilt die Bundesregierung die Konsequenzen, die sich aus dem Bevölkerungsrückgang für den Fremdenverkehr ergeben?
3. In welcher Weise unterstützt die Bundesregierung den Deutschen Fremdenverkehrsverband (DFV) direkt oder indirekt bei seinem Bemühen, Grundlagen für ein verbessertes Marketing für den Inlandsurlaub zu erarbeiten und den deutschen Fremdenverkehrsregionen Anregungen und Hilfen für eine zeitgemäße Organisation, für bedarfsgerechte Angebote und für eine erfolgreiche Werbung zu geben?
4. Welche fremdenverkehrsbezogenen Forschungsarbeiten fördert die Bundesregierung außerhalb der Marktforschung der Deutschen Zentrale für Tourismus, und welche Mittel aus dem Bundeshaushalt stehen dafür zur Verfügung?
5. Nach welchen Gesichtspunkten unterstützt die Bundesregierung fremdenverkehrsbezogene Forschungsvorhaben?
6. Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung zur Verbesserung der unbefriedigenden Situation bei der Erfassung der wesentlichen statistischen Daten, die über Stand und Entwicklung des Fremdenverkehrs in Fremdenverkehrsgemeinden und -regionen Auskunft geben?
7. Kann nach Meinung der Bundesregierung durch den Einsatz neuer Technologien, Koordination flächendeckender Informations- und Buchungssysteme, verkaufs- und reisebürogerechte (provisionierte) Aufbereitung der Angebote, intensive Werbung zentral oder dezentral, präzise Ansprache von Zielgruppen, bedarfsgerechte Angebote das Marketing des deutschen Fremdenverkehrs verbessert werden, und welche Maßnahmen gedenkt sie zu ergreifen?

8. Welche Bedeutung mißt die Bundesregierung der fachkundigen Beratung von Betrieben und Einrichtungen des Fremdenverkehrs und Tourismus bei, und ist sie bereit, ihre diesbezüglichen Förderungsmaßnahmen zu verstärken?
9. Wie beurteilt die Bundesregierung den Vorwurf, staatliche Unternehmen betrieben unter Nutzung von Wettbewerbsvorteilen aggressive Expansionspolitik zu Lasten mittelständischer Unternehmen aus der Touristikbranche, z.B. durch Errichtung zusätzlicher eigener Reisebüros und durch den Aufbau einer Bahnhofshotelkette, und wie sieht sie die diesbezügliche weitere Entwicklung?
10. Was beabsichtigt die Bundesregierung zu tun, um die durch den Flüssigzucker- und Glykolskandal eingetretenen Schäden für den Fremdenverkehr (Besucher-, Übernachtungszahlen, Umsätze der Gastronomie und Hotellerie) in den deutschen Weinbaugebieten zu mindern?
11. Welchen Weg empfiehlt die Bundesregierung, die Konzession für Gaststättenbetreibende stärker als bisher an ausreichende Sach- und Fachkunde zu binden?
12. Wie kann sichergestellt werden, daß mit Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ zukünftig im Bereich Fremdenverkehr nur die Modernisierung gefördert wird, z.B. bei zukunftssträchtigen Investitionen für Einführung und Nutzung neuer Technologien, oder will die Bundesregierung zusätzliche Kapazitäten aufbauen helfen?
13. Welche Bedeutung mißt die Bundesregierung der Verkehrsstruktur und insbesondere dem öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) für die Ferienregionen, insbesondere in peripheren Landesteilen, zu, und wie will sie verhindern, daß durch den Rückzug der Deutschen Bundesbahn aus der Fläche Nachteile für Fremdenverkehrsorte entstehen?
14. Welche Bedeutung mißt die Bundesregierung den Autobahnraststätten zu, wie beurteilt sie deren materielle Ausstattung, und ist sie bereit, durch zügigere Modernisierung der Raststätten selbst und durch Verbesserung ihres Umfeldes die Besucherfreundlichkeit der Raststätten zu verbessern?
15. Teilt die Bundesregierung die Meinung, daß ein wesentlich vergrößertes und verbessertes Radwegenetz für die Fremdenverkehrsregionen eine wichtige zusätzliche Attraktion wäre, und wie und wann will sie das Entstehen solcher Radwegenetze unterstützen?
16. Wann will die Bundesregierung den Gemeinden einen gesetzlich garantierten Genehmigungsvorbehalt geben, mit dem die unerwünschte Umwandlung von Ferienwohnungen in Zweitwohnungen gestoppt oder doch mindestens gebremst werden kann?
17. Wie beurteilt die Bundesregierung die Möglichkeiten für eine weitgehende Entzerrung der Ferienzeiten, insbesondere im

Winterhalbjahr, in der Bundesrepublik Deutschland, und welche Fortschritte gibt es bei den Bemühungen, eine Entzerrung der Ferienzeiten innerhalb der EG zu erreichen?

18. Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, daß deutsche Fremdenverkehrsgebiete ihre Modernisierung oder modellhafte Entwicklung aus dem Europäischen Regionalfonds gefördert erhalten, und denkt sie daran, im Zuge der Harmonisierung der Mehrwertsteuer in Europa in Anlehnung an andere europäische Länder, die Besteuerung des Verkaufs von Nahrungsmitteln im Einzelhandel und in Gaststätten anzugleichen?
19. Welche geeigneten Schritte gibt es nach Meinung der Bundesregierung, um zukünftig bundesdeutsche mittelständische Reiseveranstalter vor massiver Übervorteilung und Diskriminierung durch ausländische Monopolunternehmen zu schützen, und was unternimmt sie in bekanntgewordenen schwerwiegenden Fällen?

VI. Deutsche Zentrale für Tourismus

1. Welchen Anteil haben die ausländischen Urlauber und Touristen am Urlaub in der Bundesrepublik Deutschland?
2. Sieht die Bundesregierung die Notwendigkeit, in anderen Ländern verstärkt um Touristen zu werben, und ist sie bereit, die Deutsche Zentrale für Tourismus (DZT) personell und finanziell so auszustatten, daß deren Engagement im Ausland intensiviert wird und sie flexibler auf Situationen reagieren kann, die für Werbeaktionen besonders erfolgversprechend sind?
3. Hält die Bundesregierung die büro- und kommunikationstechnische Ausstattung der DZT, die für eine schlagkräftige Werbeorganisation lebenswichtig ist, für bedarfs- und zeitgerecht?
4. Ist sie bereit, die DZT zum „Akquisiteur im Ausland“ auszubauen, wie es der Deutsche Bundestag im Dezember 1982 gefordert hat?

VII. Kur- und Heilbäderwesen

1. Wird die Bundesregierung darauf hinwirken, daß in Forschung und Lehre der gesundheitliche Wert der Heilbäderbehandlung angemessen berücksichtigt und die Balneo- und Klimatherapie nicht vernachlässigt wird?
2. Wie ist zu erklären, daß insbesondere angelernte und ungelernte Arbeitnehmer, Hausfrauen und Mütter nur unterdurchschnittlich Kuren beantragen, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, diese Gruppen stärker über die vorbeugende und heilende Wirkung der Kur zu informieren?
3. Ist sich die Bundesregierung bewußt, daß die Unsicherheit über die Haltung der Bundesregierung zu einer verstärkten

Selbstbeteiligung für das Kurorte- und Heilbäderwesen bedrohlich ist, und kann sie zusichern, daß alle Maßnahmen unterbleiben, die zu neuerlichen Einbrüchen im weitgehend noch nicht wieder vollausgelasteten Kurwesen führen können?

VIII. Bustourismus

1. Welche Fortschritte gibt es für den organisierten Bustourismus innerhalb der EG, z. B. bei der Grenzabfertigung beim Treibstoffausweisverfahren, durch Anlegen von E-Spuren für Busse, durch größere Freizügigkeit für deutsche Reiseleiter im EG-Ausland?
2. Wie haben sich die Marktanteile der Busdienste der Bahn am Gelegenheitsverkehr, insbesondere an Wochenenden, in den vergangenen Jahren entwickelt, und treffen Hinweise zu, daß dieses Engagement verstärkt werden soll, und wie beurteilt die Bundesregierung diese Tendenz? Wie weit will sich die Deutsche Bundesbahn, selber oder durch Unternehmenstochter, zukünftig als Hotelbetreiber engagieren?

IX. Aus- und Fortbildung im Fremdenverkehr

1. Ist der Bundesregierung bekannt, daß bisher nur wenige Fremdenverkehrsämter und vergleichbare öffentliche Einrichtungen zum Reiseverkehrskaufmann/-kauffrau im Schwerpunkt Fremdenverkehr ausbilden, und ist sie bereit, im Interesse der Ausbildungsplatzsuchenden und im Interesse einer systematischen Aus- und Fortbildung von Fremdenverkehrsfachleuten bei den kommunalen Spitzenverbänden für eine verstärkte Bereitstellung von Ausbildungsplätzen im genannten Berufsbild zu werben?
2. Wer ist zuständig für die Regelung der Tätigkeitsmerkmale, Dienstbezeichnungen und der entsprechenden tariflichen Eingruppierung der Fremdenverkehrsfachleute, und welche Möglichkeit und Notwendigkeit sieht die Bundesregierung, in diesem Bereich aktiv zu werden?
3. Wie beurteilt die Bundesregierung die Fortbildungskurse des Deutschen Seminars für Fremdenverkehr in Berlin? Haben sich fachspartenübergreifende Fortbildungsangebote bewährt, und erlauben die bisherigen Erfahrungen Schlußfolgerungen für die zu vermittelnden Berufsqualifikationen im Fremdenverkehrsbereich?

X. Privatisierungskampagne der Bundesregierung

Besteht der Plan weiter, das Deutsche Reisebüro (DER) und amtliche Bayerische Reisebüro (abr) ganz oder teilweise über das bisherige Maß hinaus zu privatisieren, und ist der Bundesregierung bewußt, daß damit ein bewährtes Marketing-Instrument der Deutschen Bundesbahn zerschlagen würde? Von wem soll nach der Privatisierung eine neue, bahneigene oder bahnnahe Ver-

kaufskette aufgebaut werden, oder meint die Bundesregierung, ein solches Instrument sei überflüssig?

XI. Beirat für Tourismus beim Bundesminister für Wirtschaft

Hat sich der Beirat für Fragen des Tourismus beim BMWi als ein geeignetes Instrument erwiesen, um fachspartenübergreifend Fragen des allgemeinen Fremdenverkehrs in die Meinungsbildung der Regierung einzubringen?

Bonn, den 13. November 1985

Müntefering

Ewen

Amling

Büchner (Speyer)

Buckpesch

Egert

Fischer (Osthofen)

Frau Dr. Hartenstein

Heistermann

Heyenn

Immer (Altenkirchen)

Jansen

Kißlinger

Klein (Dieburg)

Dr. Klejdzinski

Kolbow

Dr. Kübler

Kühbacher

Lambinus

Lohmann (Witten)

Frau Dr. Martiny-Glotz

Müller (Schweinfurt)

Dr. Müller-Emmert

Dr. Penner

Dr. Nöbel

Purps

Frau Dr. Skarpelis-Sperk

Frau Steinhauer

Stiegler

Tietjen

Weinhofer

Wimmer (Neuötting)

Wolfram (Recklinghausen)

Dr. Vogel und Fraktion

